

Vorlage für die Sitzung des Senats am 13.06.2017

„Folgen der Stahlwerk-Emissionen“

(Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft, Stadtbürgerschaft)

A. Problem

Die Fraktion der FDP hat folgende Anfrage für die Fragestunde gestellt:

Folgen der Stahlwerk-Emissionen

1. Wie bewertet der Senat die Beeinträchtigung der Seehausener durch die Stahlwerk-Emissionen und ihre Bestrebungen um Entschädigungszahlungen?
2. Seit wann finden unter Beteiligung welcher Interessenvertreter Gespräche über einen Umzug der Vereine vom Yachthafen Hasenbüren ans Lankenauer Höft statt und wie ist der Sachstand?
3. Wie bewertet der Senat einen möglichen Umzug ans Lankenauer Höft und mit welchen Kosten ist zu rechnen, wenn dort ein neuer Yachthafen entsteht?

B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu Frage 1:

Die Niederschläge in Seehausen sind für die menschliche Gesundheit als nicht gefährlich eingestuft, da sie unterhalb der zulässigen Staubgrenzwerte liegen. Bei den staubförmigen Emissionen handelt es sich um überwiegend eisen- und kohlenstoffhaltige Grob- und Feinstäube.

Die bisherige Überwachung der Stahlwerke durch die Gewerbeaufsicht des Landes Bremen hat gezeigt, dass weder gegen Bestimmungen der Genehmigung noch gegen andere rechtliche Vorschriften verstoßen wurde. Dementsprechend kann die zuständige Gewerbeaufsicht in die privatrechtlichen Entschädigungsbestrebungen zwischen ArcelorMittalBremen und Seehauser Bürgern nicht eingreifen.

Zu Frage 2:

Seit Ende 2016 wurden von Seiten der Jachthafengemeinschaft Hasenbüren mehrere Gespräche mit Vertretern von SWAH geführt, in einem Fall auch gemeinsam mit Vertretern der Stahlwerke Bremen. In diese Gespräche wurden partiell auch Vertreter weiterer Ressorts, zugeordneter Gesellschaften und Ämter einbezogen. Die Gespräche sind noch nicht abgeschlossen.

Zu Frage 3:

Ein vollständiger Umzug sämtlicher Nutzer des Sportboothafens Hasenbüren zum Lankenauer Hafen ist weder von der Jachthafengemeinschaft Hasenbüren erwünscht, noch ist dies aus platztechnischen Gründen möglich. Ob und unter welchen Rahmenbedingungen eventuell Sportbootliegeplätze im Bereich des Lankenauer Hafens eingerichtet werden können, ist Gegenstand der unter 2 genannten Gespräche. Da diese noch nicht abgeschlossen sind, sind Angaben zu eventuell entstehenden Kosten derzeit nicht möglich.

C. Alternativen

Keine.

D. Finanzielle und Personalwirtschaftliche Auswirkungen, Gender-Prüfung

Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen, personalwirtschaftlichen oder geschlechterspezifischen Auswirkungen.

E. Beteiligung und Abstimmung

Die Vorlage ist mit dem Senator für Bau, Umwelt und Verkehr abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen

G. Beschluss

Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage 1357/19 der mündlichen Antwort auf die Anfrage der Fraktion der FDP für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft zu.